

CH_VB 88.542 vom 7. Oktober 1988

Bundesverwaltung, 1988-10-07, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_88.542

FR: CH_VB 88.542 du 7 octobre 1988

IT: CH_VB 88.542 del 7 ottobre 1988

Volltext

Motion Haller 1476 N 7 octobre 1988 ist oder über die das Volk innerhalb der letzten zwei Jahre entschieden hat, die Behandlungsfristen gemäss Artikel 26ff. maximal verdoppelt werden können. Texte de la motion du 22 juin 1988 Le Conseil fédéral est chargé d'élaborer un projet de modification de l'article 29 de la loi sur les rapports entre les conseils (LREC), qui permette de prolonger, du double au maximum, les délais d'examen au sens des articles 26 et suivants LREC, pour une initiative populaire ayant la même teneur ou poursuivant les mêmes buts qu'une initiative antérieure qui n'a pas encore fait l'objet d'une votation ou sur laquelle le souverain s'est prononcé au cours des deux années précédentes. Sprecher- Porte-parole: Wyss Paul Schriftliche Begründung - Développement par écrit Es ist generell eine zunehmende Tendenz festzustellen, wonach unterlegene Initianten klare Volksentscheide nicht mehr anerkennen und stattdessen sogleich neue Volksinitiativen mit gleicher oder ähnlicher Stossrichtung lancieren. Die rechtsstaatliche Demokratie wird auf diese Weise ausgehöhlt. So sind - um Beispiele der letzten Jahre zu nennen - unmittelbar nach den Volksentscheiden über die Schwerverkehrsabgabe, die Autobahn-Vignette, die Abschaffung der Vivisektion, die Atomenergie sowie die Preisüberwachung neue Volksinitiativen gestartet worden. Das gleiche Problem stellt sich übrigens auch bei Neu-Auflagen von Vorlagen seitens des Bundesrates, aber auch bei persönlichen Vorstössen von Parlamentariern (z. B. Kulturartikel). Es geht also um ein generelles Problem unserer demokratischen Spielregeln. Mit der vorliegenden Motion sollen Volksentscheide künftig für eine gewisse Zeit geschützt werden, ohne dass das wichtige Recht der Volksinitiative grundsätzlich eingeschränkt wird. Die Motion geht also nicht von einer Karenzfrist aus, wie dies in einigen Kantonen auf Gesetzesstufe oder in Gemeindeverordnungen bereits der Fall ist, sondern sie will dem Volkswillen freien Lauf lassen. Bundesrat und Parlament sollen jedoch die Möglichkeit erhalten, die Behandlungsfristen nach Einreichung der Initiativen zu verlängern. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 31. August 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 31 août 1988 Die Motion schlägt für das Initiativrecht erwägenswerte Neuerungen vor, die im Grundsatz auch geeignet erscheinen, der nachträglichen Abwertung von Volksentscheiden wenigstens im Bereich von Volksinitiativen zu steuern. Der Vorschlag müsste indessen zuerst mit dem fortbestehenden Artikel 28 Absatz 2 GVG harmonisiert werden. Die Form des Postulates ist aber auch angezeigt, weil die Anregung eine umfassendere Prüfung erheischt: Die Verdoppelung der Behandlungsdauer soll Initiativen treffen, welche gleich laufen oder die gleiche Zielsetzung haben wie hängige oder erst vor kurzem zur Volksabstimmung gebrachte Volksinitiativen. Während die Hängigkeit und die Frist seit der Volksabstimmung keinerlei Rechtsunsicherheiten bewirken, verlangt das Kriterium der «gleichen Zielsetzung» eine Wertung. Infolgedessen hat der Gesetzgeber auch zu entscheiden, wer diese Wertung vorzunehmen hat. Falls dies die Bundesversammlung sein sollte, ginge der Entlastungseffekt weitgehend verloren: Statt

die Initiative zu beraten, hätten die eidgenössischen Räte ein Jahr nach Einreichung der Initiative zu beraten, ob die Initiative das gleiche Ziel verfolge wie irgendein etwas früher lanciertes Volksbegehren und ob demgemäss der Bundesrat seine Botschaft innerhalb von zwei oder erst von vier Jahren vorzulegen habe. Diese Wertung wird in vielen Fällen nicht einfach vorzunehmen sein und daher breite Beratung erheischen. Daneben bedarf auch die Frage der Klärung, ob wirklich nur Volksinitiativen als Erstvorstoss geeignet sein sollen, für nachfolgende Initiativen die Behandlungsdauer zu verlängern, oder ob dies nicht auch gelten sollte, wenn Volksinitiativen auf Volksentscheide folgen, die durch behördliche Vorlagen ausgelöst wurden. Schliesslich stellen sich folgende Fragen: Soll der Rückzug einer Volksinitiative für nachfolgende Initiativen wieder die ursprüngliche, insgesamt vierjährige Behandlungsfrist aufleben lassen oder nicht? Ohne einlässliche Klärung all dieser Folgefragen droht die von der Motion vorgeschlagene Neuerung die beabsichtigte Wirkung zu verfehlen. Eine Studienkommission ist beauftragt, bis im Herbst 1988 Vorschläge für eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte auszuarbeiten; sie hat auch den Fragenkreis dieses Vorstosses bereits in ihre Arbeiten miteinbezogen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Präsident: Die grüne Fraktion, Frau Fetzer und Herr Rechsteiner bekämpfen die Motion der freisinnig-demokratischen Fraktion «Behandlungsfristen bei Volksinitiativen». Ich beantrage Ihnen, die Diskussion über diese Motion zu verschieben. Sie stimmen diesem Vorgehen zu. Verschoeben - Renvoyé #ST# 88.542 Motion Haller Mutterschafts- und Elternurlaub für Bundesbedienstete Agents de la Confédération. Congé de maternité et congé parental Wortlaut der Motion vom 23. Juni 1988 Im Zusammenhang mit der Revision der Krankenversicherung traten Bundesrat und Parlament für einen im Vergleich zu heute deutlich ausgebauten Mutterschaftsurlaub ein. Die Ablehnung der Vorlage in der Volksabstimmung vom Dezember 1987 verbietet es dem Bund nicht, als Arbeitgeber zugunsten seiner Bediensteten für richtig und notwendig empfundene Verbesserungen einzuführen. Im Sinne seiner eigenen, früheren Willensbekundung wird der Bundesrat beauftragt: a. den Mutterschaftsurlaub für das weibliche Personal des Bundes (Beamtinnen und Angestellte der Bundesverwaltung sowie der Regiebetriebe) auf 16 Wochen festzusetzen; b. einen Elternurlaub von acht Monaten einzuführen, der vom Ende des Mutterschaftsurlaubes an bis zum vollendeten fünften Altersjahr des Kindes in Anteilen von mindestens einem Monat Dauer bezogen werden kann. Dieser Urlaub darf an den allgemeinen Anspruch auf unbezahlten Urlaub nicht angerechnet werden; c. zur Betreuung eines jeden kranken Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Altersjahr bei Bedarf jährlich wenigstens 15 bezahlte Betreuungstage einzuräumen. 1. Mutterschaftsurlaub Mindestens acht Wochen des Urlaubs müssen nach der Geburt liegen. Der Urlaub ist bezahlt. 2. Elternurlaub 2a. Stehen nur die Mutter oder nur der Vater im Bundesdienst, beläuft sich der Urlaub auf acht Monate. Davon sind mindestens drei Monate voll bezahlt. Für die restliche Zeit wird der Lohn gekürzt. Die Lohnkürzung ist in Abhängigkeit vom Einkommen so abzustufen, dass es sich auch Mütter

7. Oktober 1988 N 1477 Motion Zwingli oder Väter mit niedrigem Einkommen leisten können, den ganzen Urlaub zu beziehen. Wird nicht der ganze Urlaub beansprucht, so verringert sich dessen voll bezahlte Dauer dem genannten Anteil entsprechend. 2b. Stehen Mutter und Vater im Bundesdienst, hat jeder Elternteil einen unübertragbaren Anspruch auf vier Monate Urlaub. Davon sind je mindestens anderthalb Monate voll bezahlt. Im übrigen gilt die Bedingung von Buchstabe a (oben) sinngemäss. Die Einkommensverhältnisse der

Eltern sind individuell zu berücksichtigen. 2c. Bundesbedienstete, die das Arbeitsverhältnis unmittelbar oder kurze Zeit nach Beendigung ihres Elternurlaubs beenden, sind zu verpflichten, die bezogene Vergünstigung ganz oder teilweise zurückzuerstatten. 3. Betreuungstage 3a. Der im Bundesdienst stehende Elternteil eines Kindes hat bis zu dessen vollendetem zehntem Altersjahr jährlich Anspruch auf wenigstens 15 Tage bezahlten Urlaub zur Betreuung des Kindes bei Krankheit und ähnlichem. Arztzeugnisse und dergleichen sind nach den Bestimmungen beizubringen, die bei Krankheitsabwesenheit des Elternteils selber gelten. 3b. Stehen beide Elternteile eines Kindes im Bundesdienst, hat jeder einen unübertragbaren Anspruch von 7,5 Betreuungstagen im Jahr. Texte de la motion du 23 juin 1988 Lors de l'élaboration du projet de révision de la loi sur l'assurance-maladie, le Conseil fédéral et les Chambres se sont prononcés en faveur d'un congé de maternité nettement plus généreux que celui qui est prévu actuellement. Le fait que ce projet a été rejeté par le peuple lors de la votation de décembre 1987 n'interdit nullement à la Confédération en tant qu'employeur de faire bénéficier ses agents des améliorations qu'elle avait elle-même jugées justes et nécessaires. Le Conseil fédéral est donc chargé: a. de fixer à seize semaines le congé en cas de maternité accordé au personnel féminin de la Confédération (fonctionnaires et employées de l'administration fédérale et des régions); b. d'introduire un congé parental de huit mois qui puisse être pris entre la fin du congé en cas de maternité et le cinquième anniversaire de l'enfant, en tranches d'un mois au moins. Ce congé ne doit pas être imputé aux congés non payés auxquels chacun a droit; c. d'accorder, si besoin est, au moins quinze jours de congé payé par année en cas de maladie de l'enfant, jusqu'au dixième anniversaire de celui-ci. 1. Congé en cas de maternité Sur les seize semaines, huit au moins doivent être accordées après l'accouchement. Le congé en cas de maternité est un congé payé. 2. Congé parental 2a. Si seule la mère ou seul le père est au service de la Confédération, la durée du congé est de huit mois. Sur ces huit mois, trois au moins sont payés sans réduction de salaire. Durant les cinq mois restants, le salaire est réduit. Cette réduction doit être modulée de telle sorte que les pères ou les mères ayant un revenu modeste puissent eux aussi se permettre de prendre la totalité du congé auquel ils ont droit. Si l'ayant droit ne prend qu'une fraction du congé, la durée pendant laquelle la totalité du salaire continue d'être versée est réduite proportionnellement. 2b. Si la mère et le père sont tous deux au service de la Confédération, chacun a quatre mois de congé. Ce droit n'est pas transmissible à l'autre époux. Sur ces quatre mois de congé, un et demi au moins est payé sans réduction de salaire. Pour le reste, les conditions définies à la lettre a (ci-dessus) s'appliquent par analogie. Le calcul des réductions se fait individuellement pour chaque époux, selon son revenu. 2c. Les agents de la Confédération qui quittent leur emploi immédiatement ou peu après la fin de leur congé parental doivent être contraints à rembourser la totalité ou du moins une partie des avantages dont ils ont bénéficié. 3. Congés en cas de maladie de l'enfant 3a. Les agents de la Confédération (hommes et femmes) ont droit à au moins quinze jours de congé payé par année pour s'occuper d'un enfant malade ou souffrant. Ce droit s'éteint au dixième anniversaire de l'enfant. L'obligation de présenter des certificats médicaux ou autres attestations est régie par les dispositions applicables en cas d'absence pour cause de maladie du père ou de la mère qui est au service de la Confédération. 3b. Si le père et la mère sont tous deux au service de la Confédération, chacun a droit, par année, à 7,5 jours de congé en cas de maladie de l'enfant. Ce droit n'est pas transmissible à l'autre époux. Mitunterzeichner - Cosignataires: Bär, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Bodenmann, Braunschweig, Danuser, Fankhauser, Fetz, Hafner Ursula, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn,

Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Mauch Ursula, Morf, Ott, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich (20) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 31. August 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 31 août 1988 Artikel 45 Absatz 5 des Beamtengesetzes vom 30. Juni 1927 gibt dem Bundesrat die Kompetenz, den Anspruch auf Besoldung, Ortszuschlag und Zulagen bei Dienstaussetzungen zu ordnen. In Artikel 50 Absatz 2 wird der Bundesrat ferner ermächtigt, die Bedingungen für die Gewährung von Urlaub zu ordnen. Der Gesetzgeber hat damit darauf verzichtet, den Urlaub von Bundesbeamten selbst zu regeln. Er hat diese Aufgabe vielmehr dem Bundesrat übertragen. Mit der vorliegenden Motion wird somit in den delegierten Kompetenzbereich des Bundesrates eingegriffen. Der Bundesrat ist deshalb nur bereit, die Motion in der Form des Postulates entgegenzunehmen und zu prüfen, ob der Mutterschaftsurlaub für die Mitarbeiterinnen der Bundesverwaltung, die im Berufsleben verbleiben wollen, angemessen erhöht werden kann. Was den Elternurlaub betrifft, besteht für die Bundesbediensteten schon heute die Möglichkeit, unbezahlten Urlaub zu beanspruchen, wenn es der Dienst gestattet. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ueberwiesen als Postulat - Transmis comme postulat #ST# 88.547 Motion Zwingli Erneuerung des Abschnittes Berufsbildung des Landwirtschaftsgesetzes Loi sur l'agriculture. Révision du chapitre sur la formation professionnelle Wortlaut der Motion vom 23. Juni 1988 Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen erneerten Abschnitt Berufsbildung des Landwirtschaftsgesetzes vorzuschlagen.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion Haller Mutterschafts- und Elternurlaub für Bundesbedienstete Motion Haller Agents de la Confédération. Congé de maternité et congé parental In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1988 Année Anno Band III Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 16 Séance Seduta Geschäftsnummer 88.542 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 07.10.1988 - 08:00 Date Data Seite 1476-1477 Page Pagina Ref. No 20 016 733 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.